

Nikolai Huke

„Sie repräsentieren uns nicht“

Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie
in Spanien

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

1. Einleitung

Spanien galt in wissenschaftlichen Debatten lange Zeit als Musterland einer erfolgreichen Demokratisierung nach einer Diktatur. Nach dem Ende des Franquismus wurden in den 1970er Jahren im Rahmen eines paktierten Übergangs (der so genannten *Transición*) Rechtsstaatlichkeit und eine relativ stabile repräsentative Demokratie etabliert. Der Sozialstaat wurde deutlich ausgeweitet, die Wirtschaft boomte dank eines immobiliengetriebenen Wachstumszyklus, wodurch sich die Lebensbedingungen relevanter Teile der spanischen Bevölkerung deutlich verbesserten. „Sie nennen es Demokratie, aber es ist keine“, erklärte demgegenüber im Mai 2011 die Protestbewegung der *indignados* des 15-M¹ und eröffnete damit die stärkste Welle sozialer Proteste in Spanien seit den 1970er Jahren. Vorausgegangen waren den Protesten der Zusammenbruch des immobilienbasierten Akkumulationsmodells, durch den sich die Lebensbedingungen großer Teile der spanischen Bevölkerung teils drastisch verschlechterten sowie ein mit einer Rhetorik der Alternativlosigkeit verbundenes austeritätspolitisches Kürzungsprogramm, das den Sozialstaat abbaute und die soziale Absicherung reduzierte. In den Platzbesetzungen, Generalstreiks, Demonstrationen und dem zivilem Ungehorsam artikulierte sich jedoch mehr als nur eine Unzufriedenheit großer Teile der spanischen Bevölkerung mit der Verschlechterung ihrer alltäglichen Lebensbedingungen. Die Unzufriedenheit wurde eng mit der Frage der Demokratie verknüpft. Die bestehende repräsentative Demokratie wurde als Farce kritisiert, die gewählten Parteien und Politiker_innen, so ein übergreifendes Motiv der unterschiedlichen Bewegungen, „repräsentieren uns nicht“. Die Situation in Spanien im Kontext der Eurokrise scheint damit durch die auf den ersten Blick paradoxe Situation gekennzeichnet, dass eine konsolidierte repräsentative Demokratie offenbar keine oder nur eine krisenhafte demokratische Repräsentation der Bevölkerung gewährleistet. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Hintergründe auszuloten, die diese Situation in Spanien hervorbringen und herauszuarbeiten, was das empirisch offensichtliche Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer

1 Bewegung 15. Mai

Demokratie und demokratischer Repräsentation grundlegend für ein Verständnis von Demokratie bedeutet.

1.1 „Prinzipiell prekär“. Demokratische Repräsentation als krisenhafter Prozess

Unabhängig vom spanischen Fall sind Krisen der Demokratie gegenwärtig eines „der wichtigsten Forschungsthemen der normativen wie empirischen politikwissenschaftlichen Forschung in Europa und den USA“ (Ritzi 2014: 12). Dabei lassen sich vier Forschungsrichtungen unterscheiden: Die quantitative politikwissenschaftliche Repräsentations- und Legitimationsforschung untersucht *erstens* verstärkt Krisenprozesse institutioneller repräsentativdemokratischer Arrangements (vgl. u.a. die Beiträge in Merkel 2015a). Politökonomisch orientierte Ansätze analysieren *zweitens* Veränderungen repräsentativer Demokratie im Übergang vom Fordismus zur finanzdominierten Akkumulation (vgl. u.a. Crouch 2008; Streeck 2013). Radikaldemokratische theoretische Debatten kritisieren *drittens* die Fundamente repräsentativer Demokratie und verweisen auf nicht-eingelöste demokratische Versprechen (vgl. u.a. Agamben et al. 2012; Flügel-Martinsen/Martinsen 2015; Marchart 2010), während aus der sozialen Bewegungsforschung schließlich *viertens* mit den Praktiken sozialer Protestbewegungen Hoffnungen auf Demokratisierung verknüpft oder diese sogar als praktische Verwirklichung echter Demokratie angesehen werden (vgl. Butler 2011; Lorey 2014; Roos/Oikonomakis 2013a).

Empirisch gelten unter anderem eine postdemokratische Aushöhlung der repräsentativen Demokratien durch veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, etwa zwischen Gewerkschaften und Kapitalverbänden (vgl. Crouch 2008; Ritzi 2014: 73); eine zunehmende Spannung im Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie (vgl. Streeck 2013) sowie eine Depolitisierung, Medialisierung und Individualisierung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen (vgl. Ritzi 2014: 27) als Teil der Krisenprozesse der Demokratie. Darüber hinaus wurde etwa die Festschreibung neoliberaler Prinzipien problematisiert (vgl. Scharpf 2009) und es wurden Legitimationsdefizite insbesondere der supranationalen Apparate der Europäischen Union (EU) festgestellt (vgl. Bieling 2015: 69f.; Habermas 2011; Merkel 2015b: 20). Zentrales Element der Debatten ist die These, dass die

„tradierten Legitimitätsmuster politischer Herrschaft in sich globalisierenden Arenen einem fortschreitenden Erosionsprozess ausgesetzt sind: Zum einen bedingen Entgrenzungsprozesse ‘nach außen’ eine Entkopplung zwischen der Reichweite politischer Entscheidungsmacht und dem Horizont politischer Problemketten. Zum

anderen führen politische Entgrenzungsprozesse ‘nach innen’ dazu, dass immer mehr Akteure ‘mitregieren’, die über kein demokratisches Mandat verfügen.“ (Martinsen 2015: 48; vgl. Alonso 2015: 248; Heyne 2015: 297)

Demokratische Regierungen verlieren im Zuge einer

„raschen Zunahme der gesellschaftlichen Komplexität, der Proliferation unterschiedlichster privater Interessen, der Erosion traditioneller Werte und insbesondere der gestiegenen Ansprüche der Bürger, [...] zunehmend die Fähigkeit, das Allgemeinwohl zu formulieren oder effektiv in Politik umzusetzen. Die demokratischen Regierungen werden überlastet und verlieren die Fähigkeit zu regieren.“ (Merkel 2015b: 27)

Teil des Erosionsprozesses der repräsentativen Demokratie ist ein Niedergang politischer Parteien, der sich unter anderem in einer sinkenden Wahlbeteiligung, rückläufigen Mitgliederzahlen in Parteien, einer abnehmenden Parteiidentifikation, einem Bedeutungsgewinn personalisierter Wahlkampfstrategien gegenüber Diskussionen um politische Handlungsoptionen sowie größeren Schwankungen der Wählerpräferenzen und Wahlergebnisse ausdrückt (vgl. Giebler et al. 2015: 181; Martinsen 2015: 49; Merkel 2015b: 16; Pogrebinschi 2015: 127; Ritzi 2014: 17). Die formalen Verfahren und Institutionen der Demokratie bestehen zwar fort, so eine zentrale These der Postdemokratiedebatte, sie werden jedoch „zusehends zu einem formalen Spiel, das seine demokratische Substanz verloren hat“ (Merkel 2015b: 26). Innerhalb der staatlichen Apparate drohen Veränderungen in der Machtbalance zwischen Exekutive und Legislative oder eine demokratieunverträgliche Justizialisierung der Politik die repräsentativen Demokratien zu untergraben (vgl. Merkel 2015b: 19; Möller 2015). Demokratie verliert in diesem Zusammenhang zunehmend ihre Rolle als Kriterium zur Überprüfung der Tauglichkeit von bestehenden Institutionen und Verfahren und wird auf ein spezifisches Ordnungsgefüge reduziert (vgl. Salomon 2013: 101f.). Auf elektorale oder prozedurale Dimensionen beschränkte Demokratien, so wird in diesen Dynamiken sichtbar, die als Regierungsform, gestützt „auf die Institutionen der repräsentativen Demokratie und der Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative sowie in Verbindung mit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit“ (Bieling 2015: 66) primär die individuelle Freiheit zu gewähren und die öffentliche Ordnung zu sichern versuchen, laufen Gefahr, ihre eigenen Grundlagen zu untergraben. Ursache sind Dynamiken in gesellschaftlichen Teilbereichen jenseits des limitierten Bereichs der Demokratie, die die Stabilität und Funktionsfähigkeit des Bereichs selbst unterminieren. Liberale Demokratie stellt damit stets einen „tendenziell instabilen Zustand [dar], der – zur Absicherung sozialer Machtprivilegien in Zeiten der politischen und ökonomischen Krise –

jederzeit zugunsten autoritärer Formen politischer Herrschaft zur Disposition steht“ (Salomon 2013: 109f).

Die quantitativ feststellbare relative Stabilität der demokratischen Qualität der prozeduralen Elemente der Demokratie oder der allgemeinen Zufriedenheit mit der Demokratie (vgl. Merkel/Krause 2015: 47; 54) erlauben nur begrenzt Rückschlüsse auf bestehende qualitative Krisen oder Krisentendenzen der demokratischen Repräsentation. Zwar lassen quantitative Studien länderübergreifend

„auf der höchsten Aggregatsebene keine Krise der etablierten Demokratien erkennen. Unterhalb dieser Ebene können jedoch [...] Subtrends ausgemacht werden, die ein Nachlassen der Partizipation, eine ansteigende soziale Selektion in der politischen Beteiligung sowie ein sinkendes Vertrauen in die Kerninstitution der repräsentativen Demokratie erkennen lassen. Es scheinen sich Konstanten der Demokratie zu verändern, die eine tiefere Kausalanalyse erfordern, als dies summarische Qualitätsindizes und Surveys erlauben.“ (Merkel/Krause 2015: 64)²

Wie Arbeiten der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie zeigen, hat sich die Brisanz der Frage nach Krisenphänomenen der Demokratie im Zuge der ökonomischen, sozialen und politischen Konsequenzen der Eurokrise und ihrer austeritätspolitischen Bearbeitung weiter verschärft (vgl. Bieling 2011; Buckel et al. 2012; Kannankulam 2013; Oberndorfer 2012; Urban 2011). Insbesondere in den am stärksten von der Krise betroffenen Staaten der europäischen Peripherie, in denen das europäische Krisenmanagement und eine abrupt steigende Staatsverschuldung die „staatliche[...] Selbstorganisationsfähigkeit“ (Klenk/Nullmeier 2010: 290) untergruben, kristallisierten sich strukturelle, institutionelle und alltägliche Krisen der Demokratie heraus. Exemplarisch sichtbar wurde dies etwa im raschen Scheitern der ersten Syriza-Regierung in Griechenland:

„Die Regierungen [...] implementieren wirtschaftspolitische Austeritätsprogramme, die von einer Mehrheit der Bürger abgelehnt werden. Sie werden dafür an der Wahlurne abgestraft und abgewählt. Ein Regierungswechsel führt jedoch nicht zu einem Politikwechsel. Nach ihrem Amtsantritt setzen die einstigen Oppositionsparteien die gleichen bzw. sehr ähnlichen unpopulären Maßnahmen um, die den Sturz der vorherigen Regierung provozierten. In den Ländern der europäischen Peripherie teilen nationale Öffentlichkeit, Regierung, Opposition und Wirtschaft eine Wahrnehmung: Nationale Regierungen haben in der Eurokrise keine Wahl.

2 Eine Antwort auf die Frage nach Krisen der Demokratie muss daher notwendig eine qualitative empirische Analyse umfassen, auch um der Möglichkeit einer qualitativen Veränderung repräsentativer Demokratie trotz weitgehend gleichbleibender formaler Verfahren und Institutionalisierungsformen Rechnung tragen zu können (vgl. Ritzi 2014: 22).

Sie müssen Austeritätsprogramme umsetzen, die ihnen von nicht gewählten europäischen Institutionen, Gläubigerstaaten und internationalen Märkten auferlegt wurden. Den nationalen Regierungen ist die politische Souveränität verloren gegangen. Regierung wie Opposition sehen deshalb keine alternativen Programme zur Krisenbewältigung. Daher haben Bürger, auch wenn sie wählen, keine wirkliche Wahl.“ (Alonso 2015: 245)

Umfassende Krisenphänomene der Demokratie werden damit sowohl auf der Ebene der Steuerungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems gegenüber der Ökonomie, als auch in Bezug auf die staatliche Legitimation und die Selbstorganisationsfähigkeit des politisch-administrativen Systems konstatiert (vgl. Klenk/Nullmeier 2010: 275f.). Die empirische Validität der einzelnen Krisendiagnosen ist dabei durchaus umstritten (vgl. Merkel 2015a; Ritzi 2014).

Mit Hans-Jürgen Bieling verweisen die gegenwärtigen Debatten um Krisen der Demokratie grundlegend darauf, dass

„Volkssouveränität im Sinne einer Selbstregierung des Volkes, also einer Identität von Regierenden und Regierten, in komplexen, in sich selbst keineswegs immer transparenten Gesellschaften notgedrungen Organisationsprobleme mit sich bringt. Dies gilt umso mehr, als moderne Gesellschaften nicht als ein kollektiver Akteur in Erscheinung treten, sondern in sich vielfältig gespalten und durch konkurrierende Interessenlagen und Identitäten gekennzeichnet sind, deren politische Artikulation spezifischer kommunikativer Verkehrsformen und Verfahren bedarf, um demokratischer Qualitätsstandards gerecht zu werden. Akzeptiert man diese Perspektive, drängt sich mit Blick auf die demokratische Qualität politischer Gemeinwesen[...] die Frage nach den konkreten institutionellen Formen sowie den zivilgesellschaftlichen und politökonomischen Voraussetzungen der Prozeduralisierung auf.“ (Bieling 2015: 63)

Demokratie ist von einer grundlegenden Unsicherheit und Unabgeschlossenheit geprägt, die daraus resultiert, dass kein „Abstimmungsverfahren sicherzustellen [vermag], dass die Entscheidung tatsächlich den Willen der Mehrheit, geschweige denn den des Volkes, widerspiegelt“ (Pogrebinschi 2015: 135). Das Volk bleibt stets ein „Subjekt, das sich von sich selbst unterscheidet, dessen Berechnung immer ungleich ist: Es ist die Versammlung anstelle der Gemeinschaft, die Mehrheit anstelle des Parlaments, die Armen anstelle der Polis“ (Ranciere zit. nach Ritzi 2014: 45). Jede letztinstanzliche Ergründung, Konkretisierung und Fixierung des Volkswillens und jede Postulierung einer Identität zwischen Regierenden und Regierten „muss, weil sie ontologischen Gehaltes ist, in ihr Gegenteil umschlagen und damit den realen Volkswillen – als stets änderliche und praktisch variierende Summe³ der

3 Der Begriff „Summe“ ist an dieser Stelle tendenziell irreführend, weil er eine abschließbare Berechenbarkeit und Addierbarkeit der Forderungen des *demos* suggeriert. Treffender wäre hier ein Begriff wie „Vielfalt“.

Willen eines jeden Einzelnen – eliminieren“ (Salzborn 2015: 54). Der demokratische Gehalt formeller repräsentativdemokratischer Institutionen ist dadurch „prinzipiell prekär“ (Ulrich 2015: 33).

1.2. Zwischen Kapitalismus, Staat und Alltag. Eine alltagszentrierte kritische Internationale Politische Ökonomie der Demokratie

Jeder der vier zu Beginn des vorangegangenen Abschnitts genannten Diskussionsstränge über Krisen der Demokratie ist durch spezifische Stärken und Schwächen geprägt: Die politikwissenschaftliche Repräsentations- und Legitimationsforschung ist zwar in der Lage, Krisenprozesse der Demokratie im historischen Zeitverlauf diachron zu erfassen und synchron vergleichend in den Blick zu nehmen, sie neigt jedoch stark dazu, die demokratische Frage technokratisch auf rechtliche Standards und institutionelle Verfahren zu verkürzen. Den politökonomisch orientierten Ansätzen gelingt es, Strukturprobleme der demokratischen Repräsentation qualitativ zu erfassen und materielle Dimensionen von Demokratie in den Blick zu nehmen, sie sind jedoch durch staats- und herrschaftszentrierte Engführungen geprägt, durch die sie zu einer „linken Melancholie“ (Brown 1999, Übers. d. Verf.) tendieren (vgl. Huke/Schlemermeyer 2012; Huke et al. 2015). Die radikaldemokratischen theoretischen Debatten sind demgegenüber in der Lage, Demokratie als Bewegung der Demokratisierung, also als etwas Kommendes, Unverwirklichtes bzw. als Horizont zu denken, sie bleiben dabei jedoch relativ empiriefremd und sind durch eine gewisse Tendenz zum „Philosophismus“ (Marchart 2010: 110) geprägt. Die demokratietheoretischen Ansätze der sozialen Bewegungsforschung können empirisch Organisationsformen und Brüche aufzeigen, die eine Demokratisierung der Demokratie vorantreiben oder praktisch – zumindest temporär – vorwegnehmen, sie tendieren jedoch nicht selten dazu, soziale Bewegungen zu romantisieren und ihr demokratisches Potential zu überschätzen.

Unter Rückgriff auf Debatten der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie, die durch alltags- und bewegungstheoretische Ansätze erweitert werden, entwickelt die vorliegende Arbeit eine eigenständige demokratietheoretische Perspektive, die zentrale Erkenntnisse der verschiedenen Diskussionsstränge aufgreift und systematisch verknüpft. Ihr Ausgangspunkt ist die oben skizzierte radikaldemokratische These der grundlegenden Unsicherheit und Unabgeschlossenheit demokratischer Repräsentation. Von dieser These ausgehend untersucht sie *erstens* mit Bezug auf staats- und kapitalismustheoretische Arbeiten *strukturelle Selektivitäten* der repräsentativen Demokratie, d.h. die Konditionierung der Möglichkeiten

und Grenzen demokratischer Repräsentation durch Funktionsprinzipien des Kapitalismus und deren historischen und räumlich spezifischen Ausprägungen (vgl. Kapitel 2.1.1.). *Zweitens* nimmt sie vor dem Hintergrund staats- und demokratietheoretischer Arbeiten das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Demokratie in den Blick. Staatliche Apparate werden als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen mit einer je spezifischen *strategischen Selektivität* analysiert. Es wird dadurch sichtbar, welche Strategien durch die spezifische Organisationsform des Staates privilegiert und desartikuliert werden und inwieweit in der Folge die konstituierte Macht der staatlichen Apparate eine relative Autonomie gegenüber den sie konstituierenden Forderungen des *demos* aufweist. Der Fokus der Analyse wird dabei auf Momente der Verselbstständigung und Konstitutionalisierung, der Kolonisierung durch mächtige Akteur_innen oder der Verhärtung (d.h. einer sinkenden Responsivität staatlicher Apparate gegenüber gesellschaftlichen Forderungen) gerichtet (vgl. Kapitel 2.1.2.). *Drittens* wird auf der Grundlage von hegemonie- und alltagstheoretischen Analysen von einem potentiell konfliktiven Verhältnis zwischen Alltagshandeln und repräsentativer Demokratie ausgegangen, das sich in Legitimationskrisen der Demokratie artikulieren kann. Die konkrete Ausprägung des Konfliktverhältnisses ist dabei zentral durch alltagsrelevante materielle Konzessionen (etwa Formen sozialstaatlicher Absicherung), staatliche Disziplinierung und alltäglichen Eigensinn geprägt (vgl. Kapitel 2.1.3.). *Viertens* wird unter Rückgriff auf Ansätze der sozialen Bewegungsforschung festgehalten, dass soziale Bewegungen eine zentrale Rolle für Demokratie spielen, da sie nicht-repräsentierte Bedürfnisse artikulieren, Verhärtungen der repräsentativen Demokratien sichtbar machen, die Legitimität von Konflikt einklagen und als Labore neuer Formen demokratischer Artikulation fungieren (vgl. Kapitel 2.1.4.).

Der gewählte Analyserahmen bietet die Möglichkeit, Krisen der Demokratie theoriegeleitet empirisch zu bestimmen, ohne eine quantitative Engführung auf eine Auswertung statistischer Daten vorzunehmen, die Gefahr läuft, gravierende qualitative Veränderungen auszublenden (etwa durch beschränkt verfügbare quantitative Daten und die Unterkomplexität quantitativer Fragestellungen durch ihre (notwendige) Beschränkung auf wenige Analysedimensionen) und damit implizit oder explizit mit einem Demokratieverständnis einher zu gehen, das sich wesentlich auf eine Analyse liberaler und partizipatorischer Elemente beschränkt, während die gesellschaftliche und politökonomische Einbettung repräsentativer Demokratie unterbelichtet bleiben. Indem sie eine theoretische Bestimmung des Verhältnisses von Kapitalismus, Staat, privatem Alltag, sozialen Bewegungen und repräsentativer Demokratie entwickelt und auf Grundlage dieser Bestimmung eine empirische Analyse der Entwicklungen der repräsentativen

tiven Demokratie in Spanien vornimmt, trägt die vorliegende Arbeit dazu bei, eine minimalistische Operationalisierung von Demokratie zu vermeiden (vgl. Della Porta 2011: 801). Sie bietet damit einen umfassenden Blick auf Krisen der repräsentativen Demokratie, der in der Lage ist, diesen strukturell zugrunde liegende Dynamiken zu identifizieren und die demokratisierende Funktion sozialer Bewegungen in diesem Kontext zu verorten.

1.3. Krisen der Demokratie in Spanien

Der theoretische Rahmen erlaubt es, das eingangs skizzierte Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer Demokratie und demokratischer Repräsentation in Spanien empirisch in den Blick zu nehmen. Historisch lassen sich Probleme identifizieren, die aus der spezifischen Entwicklung des spanischen Kapitalismus, der konkreten institutionellen Form der repräsentativen Demokratie, die sich mit der *Transición* herausbildete und schließlich der Entwicklung der sozialen Absicherung und des alltäglichen Lebens resultieren. Unter der Oberfläche der erfolgreichen Demokratisierung, so die These, verbarg sich in Spanien eine stark ausgeprägte Abhängigkeit der repräsentativen Demokratie von zyklischen Dynamiken der Kapitalakkumulation, die aus einer fragilen und abhängigen ökonomischen Entwicklung resultierte (vgl. Kapitel 3.1.). Die aus dem Franquismus hervorgegangenen oder mit der *Transición* entstandenen staatlichen Apparate waren relativ von den Ansprüchen der Bevölkerung entkoppelt und abgeschottet. Die Zivilgesellschaft entwickelte sich wenig dynamisch, womit politische Einflussnahme wesentlich auf Wahlen beschränkt blieb, bei denen ein von geringer Polarisierung geprägtes dominantes Zweiparteiensystem die Auswahlmöglichkeiten stark einschränkte (vgl. Kapitel 3.2.). Die alltäglichen Lebensbedingungen verbesserten sich zwar im Zuge der Ausweitung des Sozialstaats. Die soziale Absicherung blieb jedoch relativ prekär, wodurch soziale Umverteilung innerhalb von Familien und kreditfinanzierter Konsum zu zentralen Mechanismen der Einbindung der Bevölkerung avancierten. Der Boom führte zu einer massiven Ausweitung der Beschäftigung und zu einer sinkenden Arbeitslosigkeit, ein relevanter Teil der neu entstandenen Arbeitsplätze blieb jedoch stark an zyklische, krisenhafte Dynamiken der Kapitalakkumulation gebunden (vgl. Kapitel 3.3.). Die Eurokrise, so die These weiter, hatte zur Folge, dass sich in Spanien das Spannungsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie verschärfte, während sich Momente der Aushöhlung und Abschottung der repräsentativdemokratischen Institutionen intensivierten. Der Zusammenbruch des immobilienbasierten Akkumulationsmodells sowie der Kreditmärkte schränkte

die Handlungsfähigkeit der staatlichen Apparate strukturell ein, während sie sich durch ein Bausteinsystem autoritärer Austeritätspolitik auf europäischer Ebene sowie die Implementierung austeritätspolitischer und autoritärer Maßnahmen auf nationaler Ebene weiter dem Zugriff der Bevölkerung zu entziehen versuchten. Die etablierten Mechanismen der Einbindung der Bevölkerung erodierten, da sich sowohl die Zugangsmöglichkeiten zu Privatkrediten, als auch die Arbeitsmarktsituation verschlechterten, während ein Rückbau der wohlfahrtsstaatlichen Absicherung stattfand und Familien durch ihre zunehmende Prekarisierung und Verarmung nur noch begrenzt in der Lage waren, eine soziale Sicherungsfunktion wahrzunehmen. Folgen waren manifeste Legitimations- und Repräsentationskrisen und eine 'verhärtete' repräsentative Demokratie, die nur noch auf einen selektiven und fragmentierten gesellschaftlichen Konsens aufbauen konnte und daher zunehmend instabil und umkämpft wurde (vgl. Kapitel 3.4.).

1.4. Ein eröffnendes Nein. Soziale Bewegungen als Demokratisierung der Demokratie

Nach einer anfänglichen Phase der „Passivität und Permissivität“ (TAIFA 2010: 14, Übers. d. Verf.) – vor der Entstehung der Bewegung 15-M im Mai 2011 – artikulierten sich die Krisenprozesse der spanischen Demokratie im Kontext der Eurokrise in massenhaften sozialen Protesten, die durch innovative radikal-demokratische soziale Formen geprägt waren. Am Beispiel gewerkschaftlicher Proteste, der Bewegung 15-M (der *indignados*), der Kämpfe um Wohnraum, der Proteste im Bildungs- und Gesundheitsbereich (*marea verde* und *marea blanca*) sowie der neuen Parteien und Wahlplattformen, deren Entwicklung auf der Basis von qualitativen, teilstandardisierten Interviews rekonstruiert wird (vgl. Kapitel 2.2.), zeigt die vorliegende Arbeit in diesem Kontext Momente der Neuerfindung, Erweiterung oder Erneuerung der Demokratie auf und diskutiert deren Chancen und Grenzen (vgl. Kapitel 4). Gegenüber Analysen, die (fälschlicherweise) davon ausgehen, dass „Protestbewegungen, die sich die Demokratisierung der Demokratie auf die Fahnen geschrieben haben, wie die Indignados in Spanien [...] schwach [sind und] [...] ihre Wirkung auf die Demokratie dementsprechend“ (Merkel 2015c: 492) ist, offenbart die empirische Rekonstruktion grundlegende Veränderungen der spanischen Demokratie durch den Zyklus sozialer Kämpfe infolge der *indignados* bzw. der Bewegung 15-M.⁴

4 Die Unterschätzung bzw. Fehleinschätzung der Rolle sozialer Bewegungen in Teilen der demokratie- und krisenbezogenen Debatten ergibt sich aus Leerstellen, die

In Bezug auf die zivilgesellschaftlichen und politökonomischen Voraussetzungen einer Prozeduralisierung von Demokratie stützen die empirischen Ergebnisse damit die demokratietheoretische These Oliver Marcharts, „dass sich die akademische Demokratietheorie nicht unbeeindruckt zeigen darf von realen Kämpfen um Demokratisierung“ (Marchart 2015: 240) und dass

„dem Antagonismus, der performativ im Moment des Protests hergestellt wird, ein potentiell demokratisierender Impuls eignet – gesetzt, er versteigt sich nicht zum totalitären Phantasma der Abschaffung des demokratischen Dispositivs und damit der gründenden Instanz des Antagonismus selbst. Theorien, die auf bloße Verrechtlichung, Institutionalisierung oder Umsetzbarkeit in Verwaltungshandeln abzielen, muss diese grundsätzliche Produktivität des Antagonismus, die gerade in seinem negatorischen Charakter besteht, naturgemäß entgehen.“ (Marchart 2015: 248)

Eine demokratische Repräsentation der Bevölkerung, so zeigt das Beispiel Spaniens, lässt sich weder durch repräsentativdemokratische Mechanismen und Institutionen, noch durch „präsentistische“ (Lorey 2011), vollversammlungs-basierte Formen der Demokratie allein garantieren, da beide durch jeweils spezifische Mechanismen der Exklusion und der Verschiebung gekennzeichnet sind. Das Verhältnis von konstituierender und konstituierter Macht bleibt notwendig konfliktiv, die Demokratie stets unabgeschlossen. Demokratie muss folglich als Prozess bzw. als „demokratischer Experimentalismus“ (Pogrebinschi 2015: 129) und als Praxis bzw. „demokratisches Performativ“ (Marchart 2015: 247) angesehen werden. Als „Form kollektiver politischer Aktivität“ (Ritzi 2014: 65) konstituiert sie eine „die bestehenden Reglements letztlich überschreitende Bewegung“ (Salomon 2013: 101f.). Aufgrund der Verhärtungstendenz repräsentativer Demokratien muss sie stets aus der Bevölkerung bzw. aus sozialen Bewegungen heraus gegen Staatsapparate und kapitalistische Akkumulation eingefordert, am Leben erhalten, rekonstituiert und neu erfunden werden: „Natürlich ist eine gewisse institutionelle Verfestigung der [...] Demokratie notwendig, doch das ontologische Primat liegt bei den sozialen Kämpfen, denen sie ihre Gründung wie auch ihre performative Re-Aktivierung verdankt, nicht bei den Rechtsinstitutionen an sich“ (Marchart 2015: 248).

aus „staatstragend[en]“ (Huke/Schlemermeyer 2012) oder „herrschaftszentrierten [*domination-focused*]“ (Huke et al. 2015) theoretischen und methodischen Zugängen resultieren, die mit einer oberflächlichen, relativ empiriefernen Analyse sozialer Bewegungen und alltäglicher Kämpfe einhergehen. Die in den Texten Huke/Schlemermeyer (2012) und Huke et al. (2015) vor allem für die kritische Internationale Politische Ökonomie entwickelte Kritik lässt sich sinngemäß auch auf andere Analysen übertragen, die ähnliche Engführungen aufweisen.

Das Versprechen der demokratischen Repräsentation bleibt damit stets uneingelöst und fungiert als utopischer Fluchtpunkt. Im „Sie repräsentieren uns nicht“ der Protestbewegungen aufgehoben und artikuliert, wird das Versprechen als „eröffnende[s] Nein“ (Marchart 2015: 248) zum Ausgangspunkt eines kontinuierlichen und stets un abgeschlossenen kapillaren, mosaikhaften Demokratisierungsprozesses, der „im Spalt zwischen Staat und Zivilgesellschaft *Öffentlichkeit* schafft“ (Marchart 2015: 249) und als Labor zur Entwicklung demokratischer sozialer Formen und neuer Subjektivitäten fungiert, die Antworten auf Krisenprozesse der repräsentativen Demokratie entwickeln bzw. zu formulieren versuchen. Als „destituierende Macht – eine Macht, die eher verdrängt und zurücknimmt, statt eine neue Ordnung als Ganze ins Werk zu setzen“ (Möller 2015: 289) artikulieren die Bewegungen, dass gegenüber einer sich zunehmend verhärtenden repräsentativen Demokratie gesellschaftliche „Konflikte [...] auf eine Position des Außens oder der Anpassung zurückgeworfen [sind]“ (Möller 2015: 282). Die destituierenden Bewegungen sind durch ein „erfolgreiches Scheitern“ (Candeias/Völpel 2014) geprägt, durch das sie in der gesellschaftlichen bzw. demokratiepolitischen Entwicklung noch lange nach ihrer physischen Präsenz nachwirken (vgl. Arditi 2012: 15). Selbst als gescheitert erscheinende demokratische Experimente der Bewegungen können dadurch „dazu beitragen, vermeintliche Defekte der repräsentativen Demokratien zu beheben“ (Pogrebinski 2015: 137).

Über Oliver Marchart hinaus wird auf der Basis der empirischen Ergebnisse der Arbeit argumentiert, dass soziale Bewegungen nicht nur über ihre Konflikt- und Protestkommunikation als „Demokratisierungsressource“ (Marchart 2015: 243, Hervorhebung d. Verf.) fungieren, sondern als *integraler Teil der institutionellen Artikulationsformen demokratischer Repräsentation* begriffen werden müssen, da sie „präsentistische“ (Lorey 2011) oder unmittelbare demokratische Formen entwickeln, die repräsentative Demokratie ergänzen, erweitern, erneuern oder ersetzen. Die Handlungen der Bewegungen beschränken sich nicht auf deliberative Praktiken, sondern umfassen auch Praktiken der Neukonstitution des Raums der politischen Öffentlichkeit, der Aneignung oder der Selbstvollstreckung sozialer Grundrechte. Demokratische Repräsentation weist damit über ihre „Verrechtlichung, Institutionalisierung oder Umsetzbarkeit in Verwaltungshandeln“ (Marchart 2015: 248) hinaus und steht teilweise sogar in Konflikt zu eben diesen Dynamiken. Demokratie ist an eine stete Demokratisierung innerhalb und außerhalb des Staates geknüpft und „ähnel[t] [...] einem langwierigen Prozess der Verschiebung diskursiver Gewichtsverhältnisse, den Gramsci [...] mit dem Stellungskrieg auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs verglichen hat“ (Marchart 2015: 242). Sie gerät so als dynamische Entwicklung einer „unabläs-

sigen, unabschließbaren und unkalkulierbaren Selbstbestimmung des Volkes“ (Richter 2015: 211) in den Blick und als jenes Moment, „was das reibungslose Funktionieren [der gesellschaftlichen][...] Ordnung durch ein eigentümliches Dispositiv der Subjektivierung unterbricht“ (Ranciere zit. nach Ritzi 2014: 44). Sie konstituiert einen Prozess, im Rahmen dessen „Subjekte ihre Erfahrungen untereinander austauschen und sich zu einem Kollektiv lernender und zu Selbsterkenntnis führender Begegnung formieren“ (Richter 2015: 211). Zentral hierfür ist eine „permanente [...] Neugründung ihrer Institutionen [...] [die] nur dann gelingen kann, wenn für alle gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit gegeben ist, ihre Interessen im öffentlichen Konflikt zu artikulieren“ (Bieling 2015: 66).